

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Ranfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrücker, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate für die obere gespaltene Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Berganlagungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 20 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Wohnungsfrage und Arbeiterschaft.

I.

A. E. Die Lösung der Wohnungsfrage war schon vor dem Kriege zu einer der wichtigsten Aufgaben des deutschen Volkes geworden. Immer häufiger haben sich Ärzte und Sozialpolitiker in Wort und Schrift mit der Lösung dieser Frage beschäftigt, immer größer wurde die Zahl der Industriellen, Genossenschaften, Gemeinden und Einzelstaaten, die die Lösung der Wohnungsfrage praktisch in Angriff nahmen. Durch den Krieg ist die Lösung dieser Frage noch dringlicher geworden, und zugleich ist ihre Bedeutung den weitesten Kreisen des Volkes zum Bewußtsein gekommen. Man hat allgemein begriffen, in wie hohem Maße die körperliche und geistige Gesundheit eines Volkes und damit seine Wehrhaftigkeit und seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von der Güte des Wohnungswezens abhängen. Man hat insbesondere auch begriffen, daß der im letzten Jahrzehnt statt zunehmende Geburtenrückgang zum guten Teil auf die Mängel in unserem Wohnungswezen zurückzuführen ist, und daß eine erfolgreiche Bekämpfung dieser Erscheinung und eine Gesundung unserer Bevölkerungspolitik ohne gründliche Besserung unserer Wohnverhältnisse nicht möglich ist.

Drei Forderungen sind es, die bei der Lösung der Wohnungsfrage hauptsächlich zu berücksichtigen sind: Es soll erstens eine so große Zahl von Wohnungen geschaffen werden, daß sie für alle Volksgenossen und die fremden Glieder unseres Volkes ausreichen. Die Wohnungen sollen zweitens gesund und drittens möglichst billig sein. An der Lösung dieser Aufgaben ist das ganze deutsche Volk interessiert, soweit es nicht aus Hausbesitzern, Grundstückspekulanten und ähnlichen Plutziern von Grundrenten und Mietzinsen besteht. Denn der übergroße Teil des deutschen Volkes ist als Mieter auf die Benutzung fremder Wohnungen angewiesen. Die deutschen Arbeiter aber sind an der Lösung der Wohnungsfrage doppelt interessiert, einmal als Konsumenten von Mietwohnungen, deren Preise und Güte für sie von größter Bedeutung sind, dann aber auch als Produzenten, für die eine gesteigerte Wohnungsherstellung mehr Arbeit und Verdienst bedeutet.

Mit den Wohnungspreisen ist es heute wie mit den Preisen jeder anderen Ware. Ist das Angebot sehr viel stärker als die Nachfrage, so drückt das Ueberangebot auf den Preis — vorausgesetzt, daß nicht das freie Spiel der Kräfte durch künstliche Maßnahmen aufgehoben ist —, ist dagegen die Nachfrage stärker als das Angebot, so steigen die Preise rasch über den wirklichen Wert der Ware. Auf dem Wohnungsmarkt hat es nun seit Jahrzehnten nur noch die eigene Preisseige gegeben, die vielleicht hier und dort einmal einige Jahre unverändert blieben, aber kaum jemals wesentlich zurückgegangen sind. Das ist einmal auf die außerordentliche Verteuerung des städtischen Baulandes durch die Terrainspekulation und die damit in Verbindung stehende Erhöhung der städtischen Grundrenten zurückzuführen, dann aber auch auf die Erhöhung der Baukosten für neue Wohnungen, und schließlich auf die Steigerung des Einkommens und damit der Ansprüche der breiten Massen. Aber möglich war die fortgesetzte Mietsteigerung bei alledem nur, weil infolge der starken Volksvermehrung die Nachfrage nach Wohnungen ständig sehr groß war, und weil in vielen Orten eine dauernde oder zeitweilige Wohnungsnot bestand. Dabei ist es gar nicht nötig, daß die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot wirklich übersteigt, weil ja immer ein bestimmter Prozentsatz von Leerwohnungen vorhanden sein muß — der mindestens drei vom Hundert betragen soll —, vielmehr steigen die Wohnungspreise auch dann schon, wenn der Prozentsatz an Leerwohnungen gering ist, oder wenn nur wenig Wohnungen einer bestimmten Größenklasse angeboten werden, oder wenn nur vorzüglich schlechte, ungesunde Wohnungen frei sind. Die Schaffung einer ausreichenden Zahl guter und gesunder Wohnungen ist darum das beste Mittel gegen eine übermäßige Steigerung der Wohnungsmieten.

Für die Arbeiter als Wohnungskonsumenten ist aber das Vorhandensein einer ausreichenden Zahl von Wohnungen noch von ganz besonderer Wichtigkeit. Besteht nämlich eine Wohnungsnot, so suchen sich natürlich die zahlungsfähigen Schichten die besten Wohnungen aus. Für die Arbeiter, soweit sie nicht ein einigermaßen gesichertes Auskommen haben, bleibt stets der minderwertige Rest, den sonst niemand haben will. Für sie bleiben die oft fürchterlich ungesunden Wohnungen der Hinterhäuser, die noch ungesunderen Kellerwohnungen und ähnliches mehr. Welche Zustände in dieser Hinsicht in manchen Großstädten vor dem Kriege geherrscht haben, darüber ist allerdings die große Öffentlichkeit noch nicht genug unterrichtet, trotzdem von Ärzten, Sozialpolitikern und Krankenkassen zur Aufklärung der öffentlichen Meinung viel getan worden ist. Aber wer etwa die Berliner Keller- und die niederen Holzwohnungen aus eigener Anschauung kennt, der weiß, wieviel Leben in diesen dunstigen, kalten Räumen raub verblüht und wieviel Gesundheit darin zerstört wird. Er kennt auch die schweren sittlichen Gefahren, die mit dem engen Zusammenleben vieler Menschen in solchen Räumen

verbunden sind. Denn gerade die kinderreichsten der armen Familien sind es in der Regel, die sich mit solchen Wohnungen begnügen müssen, einmal, weil Familien mit einer großen Kinderzahl oft nur schwer eine anständige Wohnung erhalten, dann aber auch, weil das meistens viel zu geringe Einkommen nicht einmal zur Ernährung und Kleidung der Kinder, geschweige denn zur Beschaffung einer guten und teuren Wohnung ausreicht. In den Kleinstädten und auf dem Lande ist es in dieser Beziehung nicht besser, sondern zum Teil eher noch schlechter, wenn auch die Kellerwohnungen dort seltener sind.

Somit sind die Arbeiter als Konsumenten an der Schaffung einer ausreichenden Zahl guter und gesunder Wohnungen das größte Interesse, so ist ihr Interesse als Produzenten daran nicht kleiner. Denn die Herstellung von Wohnungen bringt für sie Arbeit und Verdienst. Und zwar nicht nur für die Bauarbeiter im engeren Sinne, sondern auch für die Arbeiter der zahlreichen Baustoff- und Baunebengewerbe, und darüber hinaus mehr oder weniger für die gesamte übrige Arbeiterschaft. Von dem Geschäftsgang des Baugewerbes als Muttergewerbe hängt der Geschäftsgang in vielen anderen Gewerben ab. Wenn gebaut werden soll, müssen zuvor die nötigen Baustoffe herbeigeführt sein. Man braucht Steine, Zement, Kalk, Gips, Holz, Eisen und vieles andere, bevor man überhaupt mit dem Rohbau beginnen kann. Man braucht zur Ausführung der Arbeit auch Werkzeuge der verschiedensten Art. In den Lehmgruben, Ziegeleien, Steinbrüchen, Eisen- und Walzwerken, in den Brennereien, Kalkwerken und Holzschlägen, auf den Holzplätzen und in den Werkstätten der verschiedensten Art finden zahlreiche Arbeiter bei der Herstellung der Baustoffe Beschäftigung. Der Transport der Baustoffe zu den Baustellen ist Transportmittel: Eisenbahnen, Schiffe, Lastwagen usw. in Bewegung, wobei ebenfalls Arbeiter in großer Zahl beschäftigt werden. Auch die Herstellung dieser Transportmittel gibt zahlreichen Arbeitern: Tischlern, Stellmachern, Schlossern und Schmieden Beschäftigung. So geht der Arbeit am Bau eine Unmenge anderer Arbeit voraus. Bei der Ausführung des Rohbaues selbst finden dann Maurer, Zimmerer, Hilfsarbeiter und Dachdecker Beschäftigung, und der Ausbau bringt Arbeit für Bautischler, Bau- schlosser, Ofenheizer, Maler, Tapezierer und viele andere Berufe. Aber auch wenn der Bau fix und fertig dasteht, erfordert er noch Arbeit mancherlei Art. Die fertigen Räume müssen noch mit Möbeln und anderem Hausrat ausgestattet werden. Je mehr Wohnungen hergestellt werden, um so mehr Möbeltischler werden zur Herstellung der nötigen Wohnungsausstattungen gebraucht. Wenn die Herstellung von Wohnungen stödt, dann stödt in der Regel auch die Möbelproduktion; denn ohne neue Wohnungen werden nur wenig neue Wohnungseinrichtungen, Bilder und andere Ausstattungsgegenstände gebraucht.

So sehen wir, daß die Zahl der mit der Wohnungsherstellung und mit der Herstellung der Wohnungsausstattungen beschäftigten Arbeiter sehr groß ist. Alle diese Arbeiter sind an der Förderung des Wohnungsbaues auch als Produzenten unmittelbar interessiert. Zu ihnen kommt dann noch die große Zahl der am Wohnungsbaue mittelbar interessierten Arbeiter, Händler- und Handwerker-schichten. Die Zeit, wo das Baugewerbe mit seinen vielen Nebengewerben blüht und in diesen Gewerben große Arbeitermassen lohnende Arbeit finden, ist erfahrungsgemäß auch für das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe: für Wirte, Bäcker, Schlächter und Krämer aller Art, ferner für das Bekleidungs-gewerbe und für eine ganze Reihe anderer Gewerbe eine Zeit der Hochkonjunktur. Denn die Arbeiter behalten ja ihren Verdienst nicht in der Tasche, legen ihn in der Regel auch nicht auf der Sparkasse an, sondern sie geben ihn für ihre Lebensbedürfnisse aus und legen dadurch wieder andere Arbeiter- und Bürgerschichten in Nahrung, die ihrerseits bei erhöhtem Verdienste dem Baugewerbe durch erhöhte Ansprüche auf dem Wohnungsmarkt wieder neue Anregung geben. Woraus sich ergibt, daß die Förderung einer gesunden Wohnungsbautätigkeit nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern in dem der ganzen Volkswirtschaft liegt.

Wie sah es nun vor dem Krieg auf dem Wohnungsmarkt aus?

Auf diese Frage läßt sich leider keine günstige Antwort geben. Der Wohnungsbau ist in den letzten Jahrzehnten immer mehr in die Hände von Spekulanten übergegangen, die kein anderes Ziel kannten, als aus dem Wohnbedürfnis des Volkes möglichst hohe Gewinne zu ziehen. Nur soweit und solange dieses Ziel zu erreichen war, waren sie am Wohnungsbau interessiert. Hörte der Profit auf oder bot ihnen eine anderweitige Kapitalanlage höheren Profit, so hörte auch ihr Interesse für den Wohnungsbau auf. Das Wohnbedürfnis der Bevölkerung kümmerte sie dann nicht mehr im mindesten. Ja, sie waren dann geradezu an einer Wohnungsnot interessiert, um eine Steigerung der Mieten und der Grundrenten herbeizuführen und den Wohnungsbau wieder rentabel zu machen. So kam es, daß der Wohnungsbau schon in den letzten Jahren vor dem Kriege ins Stocken geriet, und daß in vielen deutschen Städten eine starke Wohnungsnot herrschte. Nur in einigen wenigen Städten war eine ungesunde Bauspekulation der Bevölke-

rungsvermehrung vorausgeeilt und hatte einen Wohnungsüberfluß erzeugt. Aber selbst dort, wo scheinbar ein übermäßiges oder normales Wohnungsangebot vorhanden war, herrschte vielfach für die Arbeiter eine Wohnungsnot. Was die Arbeiter brauchen, sind Kleinwohnungen, Wohnungen mit ein bis zwei Zimmern, und gerade daran hat es oft selbst in solchen Städten gefehlt, wo es einen ziemlich großen Prozentsatz leerstehender Wohnungen gab. In Rheinland und Westfalen hatte dieser Mangel an Kleinwohnungen stellenweise einen so hohen Grad erreicht, daß z. B. der Regierungspräsident von Düsseldorf im Juni 1914 in einem Erlaß auf diesen Wohnungsmangel hinwies. Er sprach aus, daß besonders die Unterbringung kinderreicher Familien in den Industriegebieten Schwierigkeiten bereite, und ersuchte, dahin zu wirken, daß die im Besitz von Gemeinden und unter Aufsicht von Gemeinden stehenden Stiftswohnungen in erster Linie kinderreichen Familien zur Verfügung gestellt würden.

Unter diesen Umständen war es sehr zu begreifen, daß sich in vielen Orten Bau-genossenschaften und Gemeinden in immer höherem Maße den Bau von Kleinwohnungen angelegen sein ließen. Auch den Bau von Kleinwohnungen durch Industrielle, soweit dadurch die Arbeiter in ihrer Freiheit und Freizügigkeit nicht behindert werden, können die Arbeiter sowohl als Konsumenten wie als Produzenten nur begrüßen.

Die neuen Reichssteuern.

Wk. Einundzwanzig Milliarden Mark neue Steuern hat der Reichstag in den letzten Sitzungen vor der Osterpause schnell noch unter Dach gebracht. Das ist eine Summe, an die in der vergangenen Friedenszeit die kühnste Phantasie nicht gedacht hätte. Die größte aller Heeresvermehrungen, die im Frühjahr 1913 genehmigt wurde, erforderte an dauernden jährlichen Ausgaben nur eine Viertelmilliarde, wozu rund eine Milliarde einmalige Aufwendungen kamen. Der große Steuerkampf von 1908/09, dem der Reichstanzler Bülow zum Opfer fiel, und der das ganze Volk aufpeitschte, drehte sich um den Bedarf von einer halben Milliarde. Heute scheint es so, als ob das Volk die Milliardenlast sich ohne Bedenken aufbürden läßt, mag sie noch so ungerecht verteilt werden. Die großen Ernährungsorgen, die Anspannung aller Nerven durch die Vorgänge auf den Schlachtfeldern, die wachsende Sehnsucht nach dem Frieden — das alles lenkt die Blicke ab von der vorläufig betriebenen Steuerpolitik. Die bürgerlichen Parteien haben es daher verhältnismäßig leicht, riesensummen auf dem Wege der Verbrauchsbelastung zu beschaffen und dem Besitz weitgehende Schonung angedeihen zu lassen. Sie werden aber eine Ueberraschung erleben, wenn die Zeit kommt, in der die Reichshaus gehalten wird über die Steuergesetzgebung in der Kriegszeit, und wenn das Urteil mit dem Stimmzettel abgegeben wird.

Im vorigen Jahr wurden die ersten Kriegssteuern beschlossen. Sie setzten sich zusammen aus der sogenannten Kriegsteuer, die den Vermögenszuwachs und die um nicht mehr als 10 Prozent gekunkenen Vermögen erfaßt, und deren Ertrag man willkürlich auf stark 2 Milliarden schätzte, und aus Steuern auf den Post- und Frachtgutverkehr, auf den Warenumsatz und auf den Tabak, die zusammen etwa 4 Milliarden bringen werden. Zwischen der Kriegsteuer und den Verbrauchssteuern besteht aber der große Unterschied, daß die erstere nur einmal erhoben wird, während die letzteren fortbauern, also von Jahr zu Jahr die breiten Massen mit 700 bis 800 Millionen Mark belasten.

In diesem Jahr war die Mischung noch unglücklicher für die breiten Massen. Zu der Kriegsteuer vom vorigen Jahr wurde ein Zuschlag von 20 Prozent beschlossen, von dem man sich einen Ertrag von 400 bis 500 Millionen Mark verspricht, der aber wiederum nur eine einmalige Abgabe darstellt. Diesem Zuschlag steht gegenüber die Kohlen- und die Verkehrssteuer, die dauernd erhoben und zusammen in normalen Zeiten mehr als 800 Millionen Mark jährlich der Reichskasse zuführen werden. Zwar ist die Kohlensteuer auf den 1. Juli 1920 befristet, aber im Ernst denkt keine der Parteien, die sie genehmigten, an die Wiederaufhebung dieser Steuer nach drei Jahren.

Die Sozialdemokratie hat die Kohlen- und die Verkehrssteuerung ebenso abgelehnt wie die im vorigen Jahr beschlossene Massenbelastung. Sie erkannte an, daß man bei der langen Dauer des Krieges auf die Erschließung neuer Steuerquellen nicht ganz verzichten könne. Aber sie bezeichnete es als eine Ehrenpflicht der Besitzenden, die Summen, die während des Krieges aufgebracht werden müssen, von ihrem Ueberfluß zu opfern. Sind die besitzenden Kreise Deutschlands in der Lage, in drei Kriegsjahren 50 bis 60 Milliarden Mark als Kreditsanleihe gegen 5 Prozent Zinsen dem Reich zur Verfügung zu stellen, so ist es nicht zu viel verlangt von ihnen, 1½ Milliarden jährlich unverzinslich in Form von Steuern zu opfern. Sie sollten bedenken, daß ihnen von den deutschen Truppen viel mehr geschützt wird als den Besitzlosen. Wenn zur Rechtfertigung der Kohlen- und der Verkehrssteuer auf die Kriegsteuer und den Zuschlag zu derselben hingewiesen wird, so hält diese Gegenüberstellung vor dem Auge des Unterrichteten nicht

hand. Erstens ist die Kriegsteuer im wesentlichen keine Steuer im gewöhnlichen Sinne, sondern eigentlich nur eine teilweise Rückerstattung zuviel erhobener Kriegsgewinne. Zweitens aber verschwindet sie nach der einmaligen Erhebung wieder, während die anderen Steuern bleiben. Aus diesen Gründen hätte sie auch erheblich schärfer gestaltet werden dürfen. Die Sozialdemokratie beantragte, den Zuschlag auf 33 1/2 Prozent festzusetzen. Damit allein wären etwa 500 Millionen Mark mehr für die Reichskasse gewonnen worden. Gewiß hätte dadurch eine Erfassung der Kriegsgewinne bis zu 80 Prozent eintreten können; aber nur bei großen Millionengewinnen wäre dieser Steuerfuß erreicht worden, wohingegen kleinere Gewinne viel billiger davongelassen wären. Wer nun in der Kriegszeit, in der unzählige Existenzen zugrunde gehen, 10 Millionen Vermögenszuwachs erzielt, behält bei der Wegsteuerung von 80 Prozent immer noch einen Zuwachs von 2 Millionen. In einer Zeit, in der von den heillosen Massen die schwersten Opfer verlangt werden, könnte man sich wohl damit begnügen.

Neben der erhöhten Abgabe von den Kriegsgewinnen forderte die Sozialdemokratie eine recht kräftige Besteuerung des alten Vermögensstandes, also auch der nicht gewachsenen Vermögen, und ferner eine umfassende und scharfe Besteuerung der Erbschaften nach englischem Vorbild. So hätte sich leicht eine Milliarde aufbringen lassen, ohne die Notleidenden, die in den Wucherpreisen für den Lebensbedarf schon hohe Kriegsteuern zahlen, noch einmal ungerecht zu belasten. Die bürgerlichen Parteien waren aber für diese Steuervorschläge nicht zu gewinnen. Die Notlage, in die der Krieg uns gebracht, so erklärten sie, nötige dazu, Steuern anzunehmen, für die sie in Friedenszeiten nie zu haben gewesen wären. Wir haben für diese Beweisführung keinerlei Verständnis. Die Notlage der Kriegszeit mußte umgekehrt zur Schonung der breiten Massen, die unter der Not am schmerzhaftesten leiden, und zur rücksichtslosen Heranziehung derer, die die Not nicht spüren, führen.

Die Kohlensteuer, die 20 Prozent des Preises der Kohle ab Grube beträgt, wird den Verbrauchern aufgebürdet. Die Zehngesellschaften haben schon seit langer Zeit durch eine Bestimmung in ihren Lieferungsverträgen vorgezogen, daß sie selbst keinen Pfennig zu zahlen brauchen. Zunächst wird der Hausbrand der Familien von der Steuer betroffen. Die Gesetzesbestimmung, wonach die Steuer sich auf 10 Prozent ermäßigt, wenn die Gemeinden Einrichtungen zur billigen Lieferung von Hausbrandkohle an Minderbemittelte treffen, ist nur ein Schaugericht. Viele Gemeinden werden solche Einrichtungen nicht einmal zu treffen versuchen. Der direkte Kohlenbezug von der Zeche wird da, wo er von Gemeinden verhindert wird, am Widerstand der Zechen, die am Kohlenhandel beteiligt sind, scheitern. Wäre es dem Reichstag wirklich um eine Schonung des Hausbrandes zu tun gewesen, so hätte er den sozialdemokratischen Antrag annehmen müssen, den Hausbrand von der Steuer ganz frei zu lassen, die Zechen zu verpflichten, direkt an Gemeinden zu liefern und die Gemeinden zu verpflichten, die Minderbemittelten mit Hausbrandkohle zu versorgen. Aber dieser Antrag wurde in allen Punkten von der Mehrheit abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der weitere Antrag, der eine Steigerung der Kohlenpreise über den Betrag der Steuer hinaus für die Dauer des Krieges gesetzlich verbieten und für die spätere Zeit von der Genehmigung des Reichslanzlers abhängig machen wollte. Die Kohlenproduzenten und die Kohlenhändler haben also nun freie Bahn für weitere Preisaufschläge, und sie werden davon Gebrauch machen.

Da die Kohle das Brot der Industrie ist, wird die gesamte Industrie durch die Kohlensteuer schwer belastet. Jede Warenerzeugung bedarf direkt oder indirekt der Kohle, auch die Landwirtschaft. In den Warenpreisen wird die Kohlensteuer wieder in die Erscheinung treten, denn Landwirt, Handwerker, Großunternehmer und Verkäufer werden die Last auf den Verbraucher abwälzen. Sie werden die Gelegenheit benutzen, durch einen Zuschlag zur Steuer noch eine Profitsteigerung zu erzielen. Gas und elektrische Energie, die mit Kohle erzeugt werden, erfahren gleichfalls eine Preissteigerung. So trägt die Reichsregierung, die in dieser Zeit auf eine Senkung der Preise hinwirken mußte, dazu bei, die Preise für alle Gegenstände des täglichen Bedarfs noch weiter hinaufzutreiben.

Daselbe gilt von der Verkehrssteuer, die den gesamten Güterverkehr mit 7 Prozent des Beförderungspreises belastet, mit Ausnahme der Kohle, die aber dafür von einem beträchtlich erhöhten Frachttarifensteuern betroffen wird. Auch der ganze übrige Güterverkehr hat dadurch einen höheren Frachttarifensteuern zu tragen, der nur nicht ganz die Höhe desjenigen für den Kohlentransport erreicht. Es bedarf leinst Nachweises, daß diese Verteuerung des Güterverkehrs mit erheblichen Aufschlägen, die von Produzenten und Händlern eingestrichelt werden, in den Warenpreisen wieder zum Ausdruck kommt. Dazu gesellt sich die Steuer auf den Personenverkehr, die für Straßenbahnen 6 Prozent, für Eisenbahnen in der 4. Klasse 10 Prozent, 2. Klasse 12 Prozent, 1. Klasse 14 Prozent, 1. Klasse 16 Prozent des Fahrpreises beträgt. Früher hieß es: Wir legen im Zeichen des Verkehrs. Als Aufgabe des Reiches und der Einzelstaaten galt es, den Verkehr zu fördern. Jetzt kommt man ihm mit einer Steuer, die 315 Millionen jährlich in die Reichskasse bringen soll. Es ist klar, daß der Personenverkehr, der zu wirtschaftlichen Zwecken erfolgt, die Steuer wieder auf die Preise abwälzt. Dazu kommt eine bereits angekündigte Tarifserhöhung der Staatsbahnen, und die Eisenbahngesellschaften haben nun die schon lange erwünschte Gelegenheit, mit ihren Fahrpreisen hinaufzugehen. Nicht einmal auf die Bedürfnisse einer gesunden Volkswirtschaft, die das Wohlergehen außerhalb der engen Grenzen der Reichweite erleichtern soll, wurde Rücksicht genommen. Der sozialdemokratische Antrag auf Freilassung aller Fahrkarten im Preise bis zu 50 Pf. wurde abgelehnt.

So bedeutet das ganze Steuerwerk eine ungerechte und unbillige Belastung der Minderbemittelten. Soll in den nächsten Jahren, wenn es gilt, noch größere Summen zu beschaffen, ein gerechterer Zug in die Gesetzgebung kommen, so müssen die Kräfte sich ihrer bemächtigen.

Soziales.

Ein kaiserlicher Erlass zur Neuorientierung.

Die Osterbotschaft des Deutschen Kaisers bedeutet im wesentlichen eine Bekräftigung der von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Neuorientierung der inneren Politik. Gegen die vom Reichstanzler bisher in sorgfältig abgewogenen Worten gemachten Versprechungen konnte eingewendet werden, daß sie nur die Person des Reichstanzlers verpflichten. Mit einem Wechsel in der Person des höchsten Reichsbeamten wäre auch dessen Versprechungen hinfällig. Das erklärt auch den Haß, mit welchem gewisse hochfeudale Kreise im Bunde mit hervorragenden Repräsentanten der Großindustrie auf den Sturz des Reichstanzlers hinarbeiteten. Bethmann Hollweg wurde von diesen Kreisen hauptsächlich deshalb angegriffen, weil er von den Kriegszielen der Annexionspolitik nichts wissen wollte. Viel wichtiger war aber den Frondeuren die Befestigung dieses Reichstanzlers, um die Neuorientierung im Innern zu verhindern, auf die er sich festgelegt hat.

Der Erlass des Kaisers vom 7. April wird diese Kreise sehr schmerzlich berühren; erklärt sich doch der Kaiser mit den vom Reichstanzler entwickelten Grundgedanken ausdrücklich einverstanden, die darauf abzielen, für die freie und freudige Mitarbeit aller Glieder unseres Volkes Raum zu schaffen. Der Kaiser sagt, er sei entschlossen, den Ausbau unseres innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sowie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen. Die notwendige eingreifende Verfassungsänderung soll bis nach dem Kriege verschoben werden, aber die erforderlichen Vorbereitungen sollen unverweilt abgeschlossen werden. Für die Aenderung des Wahlrechts zum preußischen Abgeordnetenhaus, sagt der Kaiser, seien auf seine Weisung schon zu Beginn des Krieges Vorarbeiten gemacht worden. Nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege ist nach meiner Überzeugung für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben. Des ferneren wird eine Umbildung des Herrenhauses in Aussicht gestellt.

Die wichtigste Bedeutung dieses Erlasses liegt darin, daß sich nun auch der Herrscher auf die Neuorientierung verpflichtet hat. Diese kann jetzt auch durch einen Wechsel des leitenden Staatsmannes nicht aufgehoben werden. Die Neuorientierung, um dieses unschöne Wort zu gebrauchen, das sich aber bei uns Bürgerrecht erworben hat, umfaßt einen ganz gewaltigen Komplex von Einzelfragen, was auch in dem kaiserlichen Ostererlass angedeutet ist, wo von dem Ausbau unseres innerpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens die Rede ist. Das wichtigste Hemmnis für diesen Ausbau war bisher der preußische Landtag. Deshalb ist es ganz richtig, daß zunächst hier eingeräumt und aus dem Parlament der Bestehenden und Bevorrechteten eine Volksvertretung gemacht wird.

Ob das in dem kaiserlichen Erlass angedeutete Programm ausreicht, darf bezweifelt werden. Es enthält die direkte und geheime Wahl der Abgeordneten und verurteilt das Klassenwahlrecht, aber es nennt nicht ausdrücklich das gleiche Wahlrecht. Daraus wird verschiedentlich gefolgert, daß gewissen Wählergruppen eine Mehrzahl von Stimmen eingeräumt werden soll. Damit wären aber wieder mehrere Klassen von Wählern vorhanden, und nur der Name, nicht das Wesen des Klassenwahlrechts wäre beseitigt. Um das Parlament zu einem wahren Abbild des Volkswillens zu machen, gehört auch eine gerechte Einteilung der Wahlkreise, eine Forderung, die auch für den Reichstag erhoben werden muß. Noch richtiger wäre freilich die Durchführung eines Verhältniswahlsystems.

Bei der Bewirklichung des in dem Ostererlass angedeuteten Programms werden alle diese Forderungen erhoben werden. Inwieweit es möglich sein wird, sie durchzuführen, bleibt abzuwarten. Es wird schwere Kämpfe kosten, denn die Nutznießer des gegenwärtigen Unrechts werden keine große Reue bekunden, den Akt abzulegen, auf dem sie sitzen. Daß nun auch der Kaiser sein Wort verpflichtet hat für die Durchführung der Neuorientierung, wird sie wenig berühren. Wir haben es, zumal in der Geschichte des preußischen Landtages, schon wiederholt erlebt, daß gerade die Parteien, die ihre Königstreue besonders laut im Munde führen, auf das Wort ihres Königs gestanden und ihm ihren eigenen Willen erfolgreich entgegen gestellt haben. Den Karaktersellen ist die Opposition gegen ihren König schließlich nicht über bekommen, und bei der Durchführung der gleichfalls vom König feierlichst angekündigten Wahlrechtsreform hat die preußische Regierung schließlich vor dem entschlossenen Widerstand der Wahlrechtsfeinde die Segel gestrichen.

Die Erinnerung an diese und andere Vorgänge hindert uns, den kaiserlichen Ostererlass höher zu werten als eine schöne Verpöchtung. Sie ist noch nicht verbindlich, und ihrer Bewirklichung werden noch schwere Kämpfe vorausgehen müssen. Die Herbeiführung eines gerechten Wahlrechts für den preußischen Landtag ist die Grundlage und Voraussetzung für die Neuorientierung in Deutschland, an welcher die Arbeiterklasse im höchsten Maße interessiert ist. Solange die preußische Wahlrechtsfrage nicht in zufriedenstellender Weise gelöst ist, hängt die Fortführung der Sozialpolitik, die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterklasse in allen Zweigen der Gesetzgebung, in der Last. Die Arbeiterklasse kann deshalb die Lösung der preußischen Wahlrechtsfrage nicht als uninteressierter Zuschauer betrachten. Einen Erfolg bedeutet es schon, daß der Träger der Krone eine Forderung der Arbeiterklasse zu einem Teil aufgegriffen hat, und daß die Regierung für sie einzutreten muß. Der Ernst und der Eifer, mit dem das geschieht, wird aber wesentlich davon abhängen, daß die Arbeiterklasse unangefochten die nötige Kraft aufbringt, die Entwicklung vorwärts zu treiben. Die Schwierigkeit der zu erfüllenden Aufgabe darf nicht unterschätzt werden. Außerst wichtig ist die Einigkeit der Arbeiter, die Zusammenfassung aller Kräfte zur Förderung des gemeinsamen Zieles. Die Durchführung der Neuorientierung hat mit

mächtigen Gegnern zu rechnen, die um so leichteres Spiel haben, je mehr die Arbeiter durch gegenseitigen Haberd ihre eigene Macht lähmen.

Ein Verband der Kriegsbeschädigten

Ist auf einer am 7. April in Essen abgehaltenen Versammlung gegründet worden. Es soll bereits eine Anzahl örtlicher Vereinigungen dieser Art, meist in Rheinland-Westfalen, bestehen. Von hier waren auch die Teilnehmer der Versammlung bis auf zwei Delegierte aus Sachsen. Der Verband will den Ausbau der Kriegsbeschädigtenfürsorge fördern unter tätiger Mitwirkung der Kriegsbeschädigten. Er verlangt unter anderem besondere Arbeitsnachweise oder besondere Abteilungen für die Arbeitsvermittlung an Kriegsbeschädigte. Die Schaffung von Beratungs- und Rechtsauskunftstellen und einer Unterstützungsstelle wurde als notwendig bezeichnet und ebenso die Bildung von Arbeitsgenossenschaften für Heimarbeit. Als Verbandsorgan wurden die in Leipzig erscheinenden „Deutschen Mütter für Kriegsverletzte“ bestimmt, die ab 1. Mai unter dem Titel „Der Kriegsbeschädigte“ wöchentlich erscheinen.

Anlässlich der Einberufung dieser Konferenz haben die Zentralstellen der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände einen gemeinsamen Aufruf veröffentlicht, der sich gegen die Schaffung einer besonderen Organisation der Kriegsbeschädigten ausspricht: „Nur in den Organisationen, in denen er die Hilfe seiner voll leistungsfähigen Kollegen und Arbeitsgenossen findet, wird der Kriegsbeschädigte Kraft für den Kampf ums Brot und Daseinsfreude wiedergewinnen“, heißt in dem Aufruf, der die Kriegsbeschädigten auf die Gewerkschaften und Angestelltenverbände verweist. Diese haben neben ihrer Mitarbeit in der allgemeinen Kriegsbeschädigtenfürsorge besondere Einrichtungen, den Kriegsbeschädigten zu dienen. Es sind dies u. a. deren Arbeitersekretariate und sonstige Rechtschutzstellen. Hier findet der Kriegsbeschädigte nicht nur Rat, sondern auch die Rechtshilfe, deren er bedarf. „Die Kriegsbeschädigten“, heißt es zum Schluß, „dienen ihrer Sache am besten, wenn sie die von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden geschaffenen Einrichtungen in Anspruch nehmen und dadurch in Kreise ihrer Kollegen und Arbeitsgenossen die dauernde Vertretung ihrer berechtigten Wünsche und Forderungen finden.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Oberndorf a. N. (Württ.) wurde eine neue Zahlstelle gegründet. Einschließlich des Lokalbeitrages beträgt der wöchentliche Verbandsbeitrag in dieser Zahlstelle für männliche Mitglieder 70 Pf. und für weibliche Mitglieder 30 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 16. Wochenbeitrag für das Jahr 1917 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 241952 Otto Lötter, Tischl., geb. 23. 2. 90 zu Merseburg.
- 270234 Bingen, Kanit, Tischler, geb. 4. 4. 81 zu Best.
- 734288 Otto Hinrichs, Tischler, geb. 17. 9. 91 zu Altona.
- 741468 Franz Hampel, Tischl., geb. 10. 12. 98 zu Schönborn.
- 748760 Fr. Wilh. Zippel, Schiffb., 12. 2. 97 zu Delmenhorst.
- 754517 Karl Maack, Tischler, geb. 24. 8. 70 zu Loccum.

Im Monat März gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beträge ein:

- Gau Danzig. Briesen 120 M., Elbing 300, Insterburg 150, Königsberg 500, Köslin 300, Marienburg 25, Memel 150, Stolp 200, Thorn 30, Tilsit 200 M.
- Gau Stettin. Barth 100 M., Grewesmühlen 5,30, Güstrow 200, Pasewalk 50, Rostock 550, Schönberg 55, Waren 50, Wismar 300 M.
- Gau Breslau. Beuthen 100 M., Breslau 1700, Deutsch-Lissa 100, Erdmannsdorf 70, Frankenstein 30, Freiburg 200, Görlitz 600, Hirschberg 200, Langenöls 200, Liebau 100, Rosen 250, Ratibor 20, Schweidnitz 100, Striegau 30 M.
- Gau Berlin. Adlershof 300 M., Belgig 40, Berlin 18 500, Berlin-Buchholz 30, Bernau 200, Brandenburg 1500, Cottbus 100, Finsterwalde 500, Honerswerda 40, Königswusterhausen 400, Kolmar 40, Landsberg 140, Lindow 12,50, Luckenwalde 687, Neubarn 50, Rommes 250, Perleberg 53,50, Potsdam 300, Rathenow 150, Rogasen 21, Schneidemühl 650, Schönlanke 120, Seefeld 50, Sommerfeld 30, Spandau 300, Treuenbriegen 100, Wittenberge 100 M.
- Gau Dresden. Bauen 500 M., Brand 95, Colmnitz 40, Cunnersdorf 400, Geringswalde 800, Glashütte 100, Großschönau 100, Hartha 150, Kamenz 25, Köhlschönbroda 300, Leisnig 100, Mittweida 100, Neugersdorf 150, Neudorf 100, Oberndorf 200, Oschatz 80, Rabenau 500, Riesa 450, Schmiedeberg 60, Waldheim 100 M.
- Gau Leipzig. Altenburg 600 M., Aue 50, Auerbach 85, Düben 200, Eilenburg 360, Eisenberg 50, Gera 500, Grimma 20, Hainichen 130, Johannsgericht 280, Klingenthal 100, Leipzig 5000, Meerane 100, Schmölln 900, Schönheide 300, Tauscha 100, Treuen 50, Triebes 37,10, Zeitz 1000, Zeulenroda 100, Zwickau-Berdau 600 M.
- Gau Erfurt. Böhlen 150 M., Büchel 300, Coburg 50, Corbetha 60, Eisenach 350, Frankenhäuser 298,80, Gräfinau-Angstedt 2,57, Hildburghausen 17, Kellbra 76,50, Meilenbach 125, Mühlhausen 200, Naumburg 150, Neuenbau 36,60, Saalfeld 120, Sonneberg 260, Tambach 140, Weimar 300 M.
- Gau Magdeburg. Artern 20 M., Braunschweig 1650, Burg 500, Cöthen 120, Coswig 100, Dessau 300, Halberstadt 100, Halle 600, Magdeburg 1800, Roglau 45, Stendal 75, Zerbst 100 M.
- Gau Hamburg. Aurich 50 M., Blankenese 200, Bremen 2000, Bremerhaven 600, Delmenhorst 84,50, Emden 150, Eftebrügge 90, Flensburg 250, Geesthacht 550, Hamburg 4000, Harburg 100, Isehoe 100, Kiel 1000, Lübeck 500,



Paul Dieton, Tischler, Rostock.
Friedrich Dreife, Tischler, Hamburg.
Wilhelm Eberhardt, Modellt., Hamburg.
Julius Eberle, Schreiner, Heilbronn.
Albert Eckert, Putzmeister, Stuttgart.
Heinrich Einfeld, Stuhlrohrcarb., Bremen.
Rudolf Fint, Norden.
Paul Fischer, Stuhl., Geringswalde.
Richard Freyhoff, Tischler, Berlin.
Wilhelm Freudenthal, Tischl., Bremen.
Walter Fröhlich, Tischler, Berlin.
Karl Furch, Schreiner, Göttingen.
Heinrich Fuchthofmann, Düsseldorf.
Friedrich Gebhardt, Knopfm., Kelbra.
Mag Geisler, M.-A., Frankfurt a. O.
Paul Geisler, M.-A., Frankfurt a. O.
Paul Georgie, Knopfm., Kelbra.
Thomas Glah, Schreiner, Singen.
Alfred Grosser, Tischler, Breslau.
Arthur Gumlich, Geringswalde.
Eduard Harmjen, Geringswalde.
Faver Hauser, Rosenheim.
Herm. Heiberg, Tischl., Elberfeld.
Gustav Heinrich, Rikem., Bremen.
Curt Helbig, Tischler, Leipzig.
Otto Hemme, Dortmund.
Ernst Henning, M.-A., Berlin.
Wilh. Henning, Rikem., Schönebeck.
Fritz Höfer, Stellm., Hildesheim.
Andreas Hoh, Schreiner, Bamberg.
Albert Höchel, Knopfm., Kelbra.
Julius Hering, Tischler, Berlin.
Dawald Hende, Geringswalde.
Martin Hilfe, Stuhl., Geringswalde.
Wilhelm Hübel, Tischler, Elberfeld.
Alfred Jahn, Tischler, Leipzig.
Otto Jung, Tischler, Eisenberg.
Paul Kempin, Drechsler, Elberfeld.
Karl Kiefer, Karlsruhe.
Johann Kleimdam, Drechsler, Bremen.
Otto Klemow, Köln.
Robert Klint, Tischler, Neuenbürg.

Julius Klich, Knopfm., Schmölln.
Wilhelm Knapp, Schr., Schw.-Hall.
Friedrich Koch, Schreiner, Düsseldorf.
Fritz Koch, Tischler, Hamburg.
Heinrich Koch, Tischler, Elberfeld.
Wilhelm Koch, Tischler, Elberfeld.
Mag Kramer, Stuhl., Geringswalde.
Mag Krünte, Tischler, Berlin.
Paul Kunoich, Tischler, Breslau.
Karl Kuschl, Schreiner, München.
Anton Lang, Karlsruhe.
Heinrich Lechner, Schr., Düsseldorf.
Fritz Lentz, Stellmacher, Hamburg.
Fritz Lubi, Schr., Kaiserslautern.
August Naack, Tischler, Hamburg.
Paul Nater, Spandau.
Benno Mayer, Schreiner, München.
Erich Mewes, Tischl., Brandenburg.
Albert Meyer, Knopfm., Schmölln.
Josef Müller, Holzarb., Hamburg.
Konrad Neun, Stellm., Offenbach a. M.
Gustav Otto, Tischler, Berlin.
Hermann Papp, Arnstadt.
August Petasch, Tischl., Bischofswerda.
Wilh. Peter, Modellschr., Stuttgart.
Willy Pinkant, Berlin-Lichterfelde.
Emil Pfessing, Tischler, Leipzig.
Paul Rapp, Polierer, Berlin.
Louis Reiners, Stuhlrohrcarb., Bremen.
Hermann Reife, Dortmund.
Otto Reisch, Rahmenm., Offenbach.
Reinhold Richter, Tischler, Baunzen.
Paul Riemer, Polierer, Berlin.
Thomas Robens, Köln.
Erich Rose, Stellm., Elberfeld.
Richard Roth, Tischler, Liegnitz.
Herm. Rothlach, Tischler, Hamburg.
Friedrich Rudloff, Tischler, Halle.
Josef Rütters, Tischler, Elberfeld.
Albert Saam, Tischler, Barmen.
Stanislaus Sanders, Tischl., Bremen.
Karl Schackert, M.-A., Berlin.

Arno Schäfer, Modellschl., Leipzig.
Herm. Schmid, Tischler, Hamburg.
Emil Schneider, Stellm., Eisenberg.
Paul Schmidt, Schr., Düsseldorf.
Paul Schneider, Drechsler, Berlin.
Karl Scholz, M.-A., Breslau.
Eduard Schreier, Schr., Stuttgart.
Willy Schulze, Knopfm., Schmölln.
Wend. Schweizer, Schreiner, Stuttgart.
Hermann Siemer, Stellm., Bremen.
Paul Skorski, Polierer, Berlin.
Robert Spitzer, Tischler, Breslau.
Georg Steiner, Polierer, Leipzig.
Mag Stettmer, Schreiner, München.
Mosis Stodmann, Schreiner, München.
Ernst Stödel, Drechsler, Leipzig.
Karl Stöckl, Rosenheim.
Adolf Stöcker, Karlsruhe.
Ferdinand Straubinger, Schr., München.
Alfred Suhmann, Frankenberg.
Herbert Thalheim, Geringswalde.
Otto Tornau, Tischler, Hannover.
Josef Trantle, Tischler, Hamburg.
Mag Uhlitz, Bohrer, Stollberg (Erg.).
Wilhelm Ullrich, Göttingen.
Bruno Vogt, Tischler, Breslau.
Heinrich Voigt, M.-A., Bremen.
Emil Vottel, Lahr.
Paul Wachs, Tischler, Bischofswerda.
Rudolf Wagner, Tischler, Hamburg.
Johann Warrelmann, Schiffsz., Bremen.
Johs. Wechsel, Tischler, Bergedorf.
Otto Well, Drechsler, München.
August Werth, Tischler, Elberfeld.
Wilhelm Wille, M.-A., Berlin.
Hans Winkelstein, Minder a. D.
Fritz Winter, Tischler, Elberfeld.
Willy Wirth, Tischler, Leipzig.
Hans Wünsche, Geringswalde.
Sebastian Zeller, Schreiner, München.
Alfred Zimmer, Stuhl., Blomberg.
Ehrehrem Andenken!

Ullenburg 300, Oldenburg 150, Oldesloe 60, Sonderburg 24, Wilhelmshaven 700, Wisler 13 Mt.
Gau Hannover. Alfeld 100 Mt., Bielefeld 600, Blomberg 30, Hameln 100, Hannover 3000, Mengeringshausen 850, Minden 200, Peine 100 Mt.
Gau Düsseldorf. Bochum 82,60 Mt., Elberfeld 800, Essen 500, Gummersbach 102,46, Sagen 200, Hattingen 10,80, Krefeld 200, Neuenrade 5,82, Wald 30 Mt.
Gau Frankfurt. Amorbach 100 Mt., Fechenheim 96,99, Frankenthal 300, Kirchheim 440, Mannheim 1900, Meß 100, Neu-Heidelberg 175, Neustadt 100, Worms 180 Mt.
Gau Nürnberg. Bamberg 100 Mt., Bayreuth 204,85, Erlangen 300, Lauf 200, Markt-Redwitz 20, Pegnitz 40, Regau 27, Schen 300, Schwabach 60, Schwarzenbach 60, Weißenburg 40, Wendelstein 125, Würzburg 200 Mt.
Gau München. Holzkirchen 60 Mt., Ingolstadt 70, Kempten 80, Landsberg 70, Memmingen 96,50, Passau 57, Penzberg 30, Rosenheim 138, Schwaben 250 Mt.
Gau Stuttgart. Baden-Dos 100 Mt., Eßlingen 200, Freiburg 250, Friedrichshafen 506, Göttingen 225, Heilbronn 500, Marbach 150, Offenburg 20, Singen 60, Spaichingen 61,65, Steinheim a. d. Murr 60, Stuttgart 2200, Ulm 400, Urach 30 Mt.

In Bad Aibling konnten für die Bürstenbohrer sämtliche Akkordtarifpositionen durchschnittlich um 40 Prozent erhöht werden. Desgleichen eine Erhöhung des Zuschlages für Ueberstunden von 10 auf 20 Pf. und eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde. Die Schreiner hatten bereits 3 Mt. Teuerungszulage, womit sie sich leider begnügten.
Bei der Firma Epple u. Burbaum, landwirtschaftliche Maschinenfabrik in Augsburg, erreichten wir eine Erhöhung der Grundlöhne um 2 bis 7 Pf., desgleichen eine Neuregelung der Akkordsätze und Teuerungszulagen. Bemerkenswert ist, daß es uns gelang, überhaupt mit der Firma zu unterhandeln, nachdem sie als Mitglied des bayerischen Industriellen-Verbandes anfänglich erklärt

hatte, unter keinen Umständen mit Organisationsvertretern zu verhandeln. In Parkettlegergewerbe kam es zur Kündigung des Vertrages, weil die Arbeitgeber bei dem ohnehin so „großen Verdienst“ nichts tun wollten. Verhandlungen vor dem Gewerbegericht führten zur Verlängerung des Vertrages, wonach die Vertragslöhne um 18 Pf. steigen, für Verlegen werden pro Quadratmeter 4 Pf. zugelegt, außerdem pro Stunde eine Teuerungszulage von 18 Pf. gezahlt. Bei Auswärtsarbeiten werden für Verlegen 25 Pf. gegenüber 13 Pf. vorher gezahlt.
In Brannenburg erreichten wir die Anerkennung der Berliner Vereinbarung und zugleich die Festsetzung eines Mindestlohnes von 35 Pf. für weibliche Beschäftigte. — Für die Säger und Hilfsarbeiter der Firma

Arbeitslosigkeit im Monat März 1917.

Table with columns: Gau, Zahlstellen haben berichtet, Mitgliederzahl am Schlus des Monats, Arbeitslose Mitglieder am Orte (vom vorigen Monat, Zugang in diesem Monat, Gesamtsahl, am letzten Tage d. Monats), Unterstützung haben erhalten (Arbeitslose am Orte, Arbeitslose auf der Reise).

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.
Nicht mit aufgeführt sind die Beträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.
Berlin Sd. 16, Am Kölnischen Park 2.
Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Teuerungszulagen.

Lohn- und Teuerungszulagen im Gau München.
Unsere Bewegung um Erlangung von Teuerungszulagen bzw. Erneuerung der Tarifverträge dürfte vorläufig ihren Abschluß gefunden haben, es sei denn, daß durch weitere Steigerungen der Lebens- und Bedarfsartikel sich eine weitere Notwendigkeit geltend macht. Nur in ganz wenigen Orten ist von den Kollegen nichts unternommen worden.
Sei es nun, daß zu wenig Interesse an den Tag gelegt wurde oder der Verdienst ein ausreichender ist; die Gauleitung hat getan, was irgend möglich war.
Die Arbeit, welche durch die Bewegungen hervorgerufen wurde, war nicht klein. Diejenigen Kollegen, welche früher am Ort die Bewegung leiteten, fehlten vielfach, öfters aber auch die Energie, die Forderungen zu vertreten, trotzdem die Notlage offensichtlich zutage trat. Bereits im Sommer 1915 setzte die Bewegung ein und erreichte im Spätherbst 1916 ihren Höhepunkt, der zweifellos durch den Abschluß der Berliner Vereinbarung erwirkt wurde. Für den Gau kamen als Vertragsorte nur die Zahlstellen Augsburg, Bad Reichenhall, Ingolstadt, Landslut und München in Betracht. Aber auch in diesen Orten ging die Sache nicht so glatt, wie man es ursprünglich voraussetzte, und die Arbeitgeber in Landslut weigern sich noch heute, die Vereinbarung anzuerkennen. Unsere Kollegen haben es vorgezogen, bereits vor Abschluß der Vereinbarung sich besserbezahlte Arbeitsstellen zu suchen, deshalb konnten wir einen Druck auf die Unternehmer nicht ausüben. Die Möglichkeit wäre bei den Christlichen wohl vorhanden gewesen, und sie werden früher oder später Nechenschaft ablegen müssen, warum sie es nicht taten. Da in letzter Zeit eine Anzahl von unorganisierten Kollegen an die Verbandsleitung herangekreten ist, auch ihre Aufnahme betätigt hat, werden wir mit allen Mitteln versuchen, das Verlaute nachzuholen.
Für den weitaus größten Teil der Zahlstellen kam der Schugverband nicht in Frage, um so mehr machte sich aber auch hier das Bedürfnis nach einer Neuregelung geltend. Wir reichten deshalb in allen Orten, wo wir Tarifverhältnisse hatten, Forderungen ein, die sich an die Berliner Abmachungen anlehnten.

Aus nachstehend angeführten Zahlstellen wurde ein Bericht nicht eingeleitet: Uedermünde — Oels, Rawitzsch, Schwefenz, Ziegenhals — Herzberg — Großhartmannsdorf — Falkenstein, Gera, Penig, Schkeuditz — Reiningen, Neuenbau, Schwarza, Balungen — Oelschlag, Goslar, Wittenberg — Cuxhaven, Delmenhorst, Leer, Neuenburg — Nienburg, Stadthagen — Oberhausen, Ohligs, Wattencheid — Trier, Weßlar — Rajenheim — Sachnang, Bruchsal, Freudenstadt, Nagold, Neckarfulm, Troßingen, Willingen, Wiernsheim.

Table comparing membership numbers and unemployment figures for various months from 1912 to 1917, including columns for 'Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats' and 'Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage'.

Steinbeis u. Consorten in Brudmühl-Rosenheim konnten die Verträge ebenfalls verlängert werden; die Teuerungszulagen betragen 7 Mk. für männliche und 3,50 Mk. für weibliche pro Woche. Außerdem wurden auf die bestehenden Löhne bei den männlichen Arbeitern 30 Pf., bei den weiblichen 40 Pf. pro Tag zugelegt. Eine Regelung der Vertragslöhne war nicht zu erreichen, trotzdem dieselben dringend geregelt werden sollten.

Mehr Erfolg war bei der Firma Reichel, Parkettfabrik, in Brudmühl zu verzeichnen. Die Vertragslöhne wurden um 1 Mk. bzw. 1,50 Mk. pro Tag erhöht, ferner eine Teuerungszulage von 8 Mk. für männliche und 4 Mk. für weibliche Arbeiter die Woche erreicht, so daß eine Erhöhung des Lohnes von 14 bzw. 7 Mk. pro Woche zu verzeichnen ist.

In Ingolstadt konnte auch mit der Schreinerinnung die Berliner Vereinbarung nach kurzer Verhandlung durchgeführt werden, nachdem bereits vorher mit der Firma Uhlmann u. Co. gleichartige Güte vereinbart wurden.

In Kaufbeuren wollten die Arbeitgeber zunächst die Wirkung des Hilfsdienstgesetzes abwarten, verhandelten aber auf Drängen mit uns. Der Vertragslohn wurde von 41 Pf. auf 66 Pf. erhöht und eine Teuerungszulage von 18 bzw. 16 Pf. festgesetzt.

In Rempten, wo der Vertrag bis 1918 läuft, erreichen wir eine Teuerungszulage von 20 bzw. 15 Pf. pro Stunde.

In Krumbach erhielten die Schreiner auf eine Eingabe 15 Pf. Teuerungszulage pro Stunde, die Drechsler eine solche von 3 Mk. pro Woche. Das Organisationsverhältnis am Orte dürfte mit einer ausschlaggebenden Rolle gespielt haben wie auch die Mutlosigkeit.

Schwierig war die Bewegung in Landsberg am Lech. Die dortigen Säger organisierten sich erst Anfang des Jahres. Eine Verhandlung mit dem Betriebsleiter führte zwar zu einem Resultat, scheiterte aber an dem Starrsinn und bekannenen „Herrn-im-Hause“-Standpunkt des Inhabers Kint. Wir wandten uns an den zuständigen Schlichtungsausschuß. Da derselbe noch nicht in Funktion war, sollte der Schiedshof in München die Sache austragen. In zwei Verhandlungsterminen war der Unternehmer nicht erschienen, und unter Vorpiegelung falscher Tatsachen glaubte er, über die Sache hinwegzukommen. Mittlerweile trat der zuständige Schlichtungsausschuß in Funktion, und der Vorsitzende veranlaßte eine Unterhandlung mit der Firma und dem Organisationsvertreter. Die Sache scheint dem Unternehmer doch brenzlich geworden zu sein, er verhandelte mit dem Betriebsausschuß, und die bestehenden Löhne wurden um 10 bis 20 Pf. erhöht.

Auch in Memmingen traten eine Menge Schwierigkeiten in den Weg, und es kam zur Tarifbindung. Durch Vermittlung des Gewerbegerichts fanden dann Unterhandlungen statt, bei welchen eine Erhöhung der Vertragslöhne auf 60 bzw. 65 Pf. und eine Teuerungszulage von 15 Pf. pro Stunde erreicht wurden.

In Mühldorf kam mit der Firma Geiger eine Vereinbarung zustande; die Vertragslöhne wurden auf 68 Pf. erhöht, Teuerungszulagen von 18 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Arbeiter. Die bisherige Kündigungsfrist wurde beibehalten.

In München erreichten wir für die Jalousiearbeiter, Drechsler, in den Flugzeugwerken und in den Automobilfabriken, zum Teil auch im Wagenbaugewerbe die gleiche Teuerungszulage wie für die Schreiner. In der Waggonfabrik Rathgeber haben wir gestufte Teuerungszulagen nach Verdienst und Kinderzahl, ferner wurde im November eine 7 1/2 prozentige Akkord- und Lohnaufbesserung gegeben. Im Sägereigewerbe konnte eine Regelung der Vertragslöhne nicht erzielt werden; die Teuerungszulage beträgt 7 Mk. für männliche und 3,50 Mk. für weibliche Arbeiter pro Woche (Schiedspruch). Im Vergoldergewerbe und in der Leistenfabrikation erreichten wir eine Teuerungszulage von 4 Mk. wöchentlich. In der Bürstenindustrie wurden 10 Prozent erzielt. Der Vertrag im Parkettlegergewerbe ist gekündigt worden. Im Korbmachergewerbe konnte der Vertragslohn von 54 auf 80 Pf. erhöht werden, eine Erhöhung der bestehenden Löhne von 20 Pf. pro Stunde und eine 50prozentige Erhöhung der Akkordpreise für Reife- und Waschkörbe erreicht werden.

Bei der Firma Obermeier in Passau konnten die Vertragslöhne um 10 Pf., die bestehenden Löhne ebenfalls um 10 Pf. erhöht werden, außerdem wurde eine Teuerungszulage von 4 Mk. pro Woche erreicht.

Bei der Firma Schray in Rosenheim erreichten wir am Schiedshof in München die Anerkennung der Berliner Vereinbarung.

In Straubing wurde mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe eine Vereinbarung abgeschlossen, welche eine Erhöhung des Vertragslohnes auf 68 Pf. vorsieht, eine Teuerungszulage von 18 Pf. pro Stunde, ohne Anrechnung der bereits gewährten Zulage von 10 Pf.

In allen Fällen, mit Ausnahme von Passau, wurden die Montagefäge auf 4 Mk. pro Tag festgesetzt, ebenso die Klausel für kriegsbeschädigte Holzarbeiter angenommen.

Wenn auch das ganze Resultat nicht überall voll unseren Erwartungen entspricht, so bedeutet es doch einen Schritt nach vorwärts. Hindernd stand oftmals das besser sein könnende Organisationsverhältnis im Wege, und es wird Aufgabe aller sein, dafür zu sorgen, daß ein festes Verhältnis geschaffen wird. Eines steht aber zweifellos fest, und dies gilt allen jenen, die auch heute noch in dem Wahn befangen sind, daß der Verband in der Kriegszeit keinen Zweck hat, nur durch die Organisation konnten diese Erfolge erzielt werden. M. Huber.

Aus der Holzindustrie.

Der Hirsch-Dundersee Gewerbeverein der Holzarbeiter veröffentlicht seinen Jahresbericht. Ueber den Mitgliederstand wird darin nichts mitgeteilt. Nach den Angaben im „Reichsarbeitsblatt“ waren am Jahresluß 2176 Mitglieder vorhanden. Auch die Höhe der Einnahmen wird nicht angegeben, nur erwähnt, daß sich die Einnahmen an Beiträgen und Eintrittsgeld gegen das Vorjahr um 5247 Mark vermindert haben. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 5070 Mk., die Unterstützung an Kriegerfrauen 5217 Mk. An Uebersiedlungs-, Notstands- und sonstiger Unterstützung wurden 2126 Mk. ausgegeben. In den angegebenen Summen für Kranken- und Sterbegeld sind die

Leistungen des Gewerbevereins nicht von den Unterstütlungen getrennt, die aus den besonderen Rasseinrichtungen gewährt wurden. Das Vermögen der Gewerbevereinsklasse ist um 11.409 Mk. gestiegen und betrug am Jahresluß 96.719 Mk.

Der christliche Holzarbeiter-Verband berichtet in seiner Jahresabrechnung über einen weiteren Niedergang der Einnahmen an Eintrittsgeld und an Beiträgen. Erstere gingen von 440,25 Mk. im Jahre 1915 auf 437,75 Mk. im Jahre 1916 zurück. In Beiträgen wurden im Jahre 1915 rund 128.000 Mk. eingenommen, im Jahre 1916 nur 114.102,20 Mk. Ueber die Mitgliederzahl werden im Verbandsorgan keine Mitteilungen gemacht. Für die Arbeitslosenstatistik im „Reichsarbeitsblatt“ berichtete der christliche Holzarbeiter-Verband für das Ende des Jahres 1916 über 3095 Mitglieder. Die Hauptkasse erzielte im Jahre 1916 eine Mehreinnahme von 27.637 Mk.; bei den Ortskassen waren die Ausgaben um 11.400 Mk. höher als die Einnahmen. Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Jahresluß 653.220 Mk., davon 559.272 Mk. in der Hauptkasse.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz. Aus Harburg wurde uns mitgeteilt, daß das Mitglied der dortigen Zahlstelle, Kollege Adolf Schenke, mit dem Eisernen Kreuz erster Klasse ausgezeichnet wurde. Das Eisene Kreuz zweiter Klasse haben nach den uns zugegangenen Nachrichten die folgenden Kollegen erhalten: Ernst Pohl aus Berlin; Friedrich Straube aus Breslau; Herm. Kleinschmid, Tischler, aus Ellrich (inzwischen gefallen); Matth. Vogel, Schreiner, aus Freiburg i. B.; Karl Bolt und Ewald Krause, beide aus Friedrichshagen; Herm. Fischer, Tischler, Richard Tzschücker, Mobeltischler, Otto Stolle, Tischler, und Richard Vogt, Tischler, alle vier aus Gölzig; Christian Stängeler aus Heidelberg; Robert Schöpffe aus Karlsruhe; Emil Guderjahn, Masch.-Arb., aus Ludenwalde; Nikolaus Braun, Kammacher, und Josef Ramsteiner, Schreiner, beide aus Pforzheim; Heinrich Klüber aus Rosenheim; Mag. Geidtmann, Tischler, aus Rostock; Paul Krause aus Schönlanke; Wilhelm Schütt, Strüher Kasserer, und Otto Schuhmacher, beide aus Straßburg; Gottfried Böhrer aus Ulm. — Der Kollege Heinrich Eichhorn aus Karlsruhe wurde zum Offizier-Stellvertreter befördert.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Erstklassige. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg. Im März sandten Ueberschüsse ein: Waib 300 Mk., Berlin A 200, Hamburg I 150, Hamburg II 100 Mk. Summa 750 Mk. Zuschuß erhielten: Saan 300 Mk., Offenbach 200, Celle und Harburg je 150, München 100, Steintkirchen 95, Stuttgart 75, Erkrath, Altenburg und Burg je 50 Mk. Summa 1220 Mk. Jul. Mahmann, Hamburg 31, Schwendestr. 37.

Gestorbene Mitglieder.
Herm. Braune, Knopfmacher, gest. in Gardelegen.
Otto Meiser, Kistenmacher, 33 J., gest. in Dachau.
Wilh. Altes, 39 J., gest. in Mannheim.
Gust. Hofrichter, 25 Jahre, gest. in Mannheim.
Wilh. Funk, Schreiner, 36 Jahre, gest. in Mannheim.
Fridolin Kümmele, Maschinenarbeiter, 59 J., gest. in Freiburg (Baden).
Oskar Weber, Maschinist, 61 J., gest. in Niederseßlig.
Ehre ihrem Andenken.

Wir suchen möglichst auf sofort einen äußerst tüchtigen, zweif. militärr. Tischler (2. Werkmeister) für den Maschinenbau unserer Möbelfabrik, die zurzeit Burmännwagen (Proviandwagen) fertigt. Bedingungen: Kenntnisse und Schulung der sämtl. Holzbearbeitungsmasch. Geht Offert in Gehaltsanspr. sind zu richten an Niederseßligische Möbelfabrik, Munder a. D.
Für unsere Heereslieferungen, Anfertigung von Burmännwagen (Wagenlasten) suchen wir 2 tüchtige, militärr. Tischler oder Stellmacher als Vorarbeiter. Geht. Angeb. mit Lohnanspr. sind zu richten an Niederseßligische Möbelfabrik, Munder a. D.

2 tüchtige Tischlergesellen
auf bessere eigene Heranzimmer gesucht. Auch kann Akkord gearbeitet werden. Freie Kost und Logis.
Erich Dösch, Baruth (Mark).

Jüngerer Tischlergeselle
auf Möbel, weiß u. puniert, gesucht. Lohn nach Vereinbarung, Beschäftigung eventl. im Hause.
Carl Dörschel, Bor- und Möbelwerkerei mit elektr. Kraftbetrieb, Golßen (Nieder-Sachsen).

Einklöhner und Tischler
auf geführte Arbeiten für Heereslieferung gesucht. Auch kriegsbeschädigte.
Rittig & Bieder, Gertrudstraße 1. Sa.

Tüchtige Anschläger
stellt ein Kurt Siebert, Dampfischlerei, Rastenburg (Ostpr.).

2 bis 3 tüchtige Drechsler
auf Heereslieferung sofort gesucht.
G. Anders, elektr. Drechslerei, Löbau (Sachs.).

Schirmstockarbeiter,
Kappler, Schleifer, Polierer, Verfleger für Anzüge sucht
Kosa, Berlin, Michaelkirchstr. 20.

Korbmacher auf 98er Munitionskörbe und 15-cm-Langgranaten von Weide sucht
Hermann Kühn, Köhlschroda.

30 bis 50 Korbmacher
auf 98er und 10-cm-Patronenkörbe stellt ein
Ad. Sägmilch jun., Korbwarenfabrik, Langerhütte.

Korbmacher auf 98er Munitionskörbe, 15-cm-Granat- und 21-cm-Langgranatenkörbe stellt sofort ein
Mag. Findeisen, Köhlschroda.

Korbmacher
nur auf Heereslieferungen stellen sofort ein
Calm & Hiffeld, Bernburg (Saale).

10 Korbmacher
auf 98er Munitionskörbe sofort gesucht.
F. W. Ludwig Hoffmann, Eisleben, Breiter Weg 104.

Tüchtige Korbmacher
u. angeleitete Frauen für Her ganz aus Weide u. für Drillingsgefelle sucht
Theodor Reimann, Dresden-K., Königstraße 3.

20 Korbmacher
auf Geschloßkörbe (98er) und 5 Korbmacher auf Peddigrohmöbel sofort gesucht.
Mag. Poppel, Dresden-K., Zöllnerstr. 5.

Korbmacher
auf 98er Munitionskörbe aus grünen Weiden stellen ein
Gebr. Bette, Köhlschroda bei Dresden.

2 bis 3 Korbmachergehilfen
auf Zentner-Spreu- u. Rischkörbe sucht sofort
Paul Senkel, Herwigsdorf b. Löbau (Sachs.).

Korbmacher
auf Geschloßkörbe werden verlangt.
Deutscher Holzarbeiter-Verband, Zahlstelle Brandenburg a. S., Grabenstr. 3.

Tüchtige Korbmacher
auf 98er Kartusch- und Ringelkörbe stellt ein
Heinrich Franke, Korbwarenfabrik, Nürnberg.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe.

Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 7. April bis Freitag, 13. April 1917.
A = Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B = Offene Arbeitsstellen.
C = Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Ort	Bautischler			Möbeltischler			Maschinenarbeiter			Polierer			Drechsler			Sonstige Branchen			Insgesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Berlin	4	35	18	15	57	19	31	9	36	1	7	71	10	85	122	25	251				
Bremen		4	6	8		3		1				4		2	14	8	6				
Breslau		2		21		3		1			1	113		1	430		1				
Celle																					
Chemnitz		113		2		1															
Eilenburg				3											13		3	13			
Ferth																					
Hamburg																					
Hannover															11	10		12	18		
Herrford																					
Leipzig																					
Lübeck		3	2			18															42
Zusammen	817	38	2765	57	23	4	31	11	36	1	7	88	33	101	158	120	271				
Vor. Woche	2719	43	5886	39	43	17	36	15	10	33	1	6	87	30	113	230	163	270			

NB. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, nur den paritätischen Arbeitsnachweis zu benutzen.